

# Protokollauszug

aus der  
24. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen  
vom 16.03.2022

---

öffentlich

**Top 4.8 Kita-Beiträge bei Personalausfall  
22/SVV/0161  
geändert beschlossen**

Die Diskussionsschwerpunkte sind die soziale Wirkung bei der Entlastung der Eltern mit geringem gegenüber besserem Einkommen, sowie einen hohen Verwaltungsaufwand in der Umsetzung des Antrags.

Es folgt ein Änderungsantrag von Herrn Dr. Wegewitz, der folgende Passagen des vorigen Beschlusstextes ändert:

- Im ersten Absatz:  
„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~dafür Sorge zu tragen~~, **gegenüber dem MBS die Position zu vertreten**, dass bei **pandemiebedingter** Nichterfüllung...“
- Im letzten Satz:  
Dem Hauptausschuss ~~ist in seiner Sitzung am 09.03. und dem Jugendhilfeausschuss am 17.03.2022~~ ist zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmungen: 6  
Ablehnungen: 2  
Enthaltungen: 0

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag in geänderter Fassung zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~dafür Sorge zu tragen~~, **gegenüber dem MBS die Position zu vertreten**, dass bei **pandemiebedingter** Nichterfüllung des Rechtsanspruchs auf Kita-Betreuung als staatliche Pflichtaufgabe durch Personalausfall, ggf. auch durch Schließung der Einrichtung, der für diese Zeit fällige Betreuungsbeitrag nicht erhoben wird. Dies gilt auch für den Fall, dass der Träger die Eltern zur Aufrechterhaltung eines - wenn auch eingeschränkten - Normalbetriebs bittet, die Kinder für einen begrenzten Zeitraum zu Hause zu betreuen (freiwilliger Verzicht).

Ergänzend dazu wird der Oberbürgermeister beauftragt, gegen die vom MBS in Ansatz gebrachte Rechtsposition, mit der

1. die Gemeinden in die Verantwortung für die pandemiebedingten Kosten der Fehlbedarfsfinanzierung gestellt und
2. die Eltern zur Fortzahlung der Beiträge bei pandemiebedingter Nichterfüllung des Betreuungsvertrages verpflichtet werden, vorzugehen.

Dem Hauptausschuss ~~ist in seiner Sitzung am 09.03. und dem Jugendhilfeausschuss am 17.03.2022~~ ist zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0